

**Niederschrift
über die
52. Sitzung des Integrationsbeirates
am 23.05.2025
im Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Regensburg**

Beginn: 16:05 Uhr
Ende: 17:32 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
1	Frau Arndt-Grunde i, Anja	X		
2	Herr Prof. Dr. Brunnbauer , Ulf	X		
3	Herr Cetinkaya , Nurdoğan		X	
4	Frau Funk , Erika Eva	X		
5	Frau Hanifah , Mumtaz		X	
6	Frau Lang , Julia	X		
7	Herr Dr. Márton , Mihai-Paul		X	
8	Herr Paquay Rovira , Pedro	X		
9	Frau Pelties , Marta		X	
10	Frau Rist-Kaip , Tünde	X		
11	Herr Sarik , Haritun	X		
12	Herr Sbirkov , Ivan		X	
13	Frau Schwarz , Stephanie		X	
14	Frau Shahedi , Monir	X		
15	Frau Stabnau , Hae-Gyung	X		
16	Frau Stupavsky , Anna	X		
17	Frau Torreblanca Cruz , Mariana	X		
18	Frau Wudtke , Valentina			X
		11	6	1

Beratende Mitglieder:

	Name	Anwesend	entschuldigt
1	Für die CSU-Fraktion: Dechant , Bernadette (Stellvertretung: Tahedi , Erich)		
2	Für die Fraktion B 90/DIE GRÜNEN: Gaített , Daniel (Stellvertretung: Eberlein , Theresa)	X (Herr Gaített)	
3	Für die BRÜCKE-Fraktion: Wolbergs , Jochaim (Stellvertretung: Zierer , Ernst)		
4	Für die SPD-Fraktion: Irmisch , Alexander (Stellvertretung: Kolbe-Stockert , Evelyn)		
5	Für die ÖDP-Fraktion: Graf , Joachim	X (Herr Graf)	
6	Für die Freie Wähler-Fraktion: Radler , Kerstin		X (Frau Radler)

Weitere beratende Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt
1	von Seiche , Julia (Initiative „Ausbildung statt Abschiebung!“ e. V.) (Stellvertretung: Koller , Dr. Doris)	X (Frau Forstner)	
2	Hanusa , Helga (Keine Bedienung für Nazis e. V.) (Stellvertretung: Simek , Ludwig)		X (Frau Hanusa)
3	Wiesmann , Burkard (BI Asyl Regensburg) (Stellvertretung: Streitberger , Gotthold)	X (Herr Wiesmann)	
4	Issakha , Youssouf (CampusAsyl e.V.) (Stellvertretung: Frau Helen Kidan)		
5	Firat , Nihat (Migrationsausschuss der IG Metall Regensburg)	X (Herr Firat)	
6	Herr Firat Vahap (Alevitische Gemeinde Regensburg und Umgebung e. V.) (Stellvertretung Herr Güler Hüseyin)	X (Herr Firat)	
7	Frau Natalia Jundt (Ukrainisch-Bayerischer Verein Hromada Regensburg e.V.)	X (Frau Jundt)	
8	Maltz-Schwarzfischer , Gertrud (Oberbürgermeisterin Stadt Regensburg)		X (Frau Maltz-Schwarzfischer)

Anwesende Mitglieder der Stadtverwaltung:

	Name
1	Frau Spitaler-Kossok , Ines (Amt für Integration und Migration)
2	Herr Vernim , Matthias (Amt für Integration und Migration)
3	Frau Dirnberger , Melanie (Amt für Integration und Migration)
4	Herr Drmic , Tom Alfred (Amt für Integration und Migration)

InterCultureLab:

Nachname / Vorname
Frau Brunninger , Diana
Frau Baranovski , Elaine

Top 1: Eröffnung der Sitzung und Bericht des Vorstands

Berichterstattung: Vorsitzende

Frau Lang begrüßt alle zur Sitzung und gibt die Anwesenheitsliste durch. Sie verliest die für heute entschuldigenden Mitglieder. Bei Frau Wudtke sei es noch nicht sicher, ob sie vielleicht noch später komme. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Zwei Protokolle der früheren Sitzungen werden genehmigt. Die Oberbürgermeisterin sei heute wegen der Eröffnung des neuen Raums für Engagement entschuldigt.

Kürzlich sei Frau Torreblanca Cruz von der Mittelbayerischen Zeitung interviewt worden. Frau Lang bittet sie um einen kurzen Bericht.

Frau Torreblanca Cruz erklärt, dass sie als neu Eingebürgerte anlässlich der Bundestagswahl befragt wurde. Für sie sei es eine besondere, spezielle Sache gewesen, die ihr viel bedeutet habe. Jeder, der diesen Prozess hinter sich habe, wisse, was das bedeute: erst einmal der ganze Integrationsprozess, viel Neues zu lernen, bis dahin eine neue Heimat zu erschließen, richtig angenommen zu werden und dazuzugehören. In dem Interview sei sie auch gefragt worden, ob sie am Wahl-O-Mat teilgenommen habe. Dies habe sie gemacht, sie habe sich sehr gut über die Wahl darüber informiert. Dann habe es verschiedene Fragen gegeben, wie es für sie gewesen sei, das erste Mal in der Bundestagswahl wählen zu können und ob sie per Briefwahl gewählt habe.

Frau Lang bedankt sich und gratuliert Frau Torreblanca Cruz zu dem schönen Artikel. Die Mittelbayerische Zeitung habe großes Interesse gezeigt. Sie finde es sehr schön, dass sich die Presse mittlerweile häufiger beim Beirat melde, wenn es solche spezifischen Fragen gebe. In dem Zuge bedankt sie sich bei allen, die an der Pressemittlung des Integrationsbeirats zur Bundestagswahl mitgewirkt haben.

Frau Lang hat an den deutsch-georgischen Kulturtagen teilgenommen.

Bei der Sitzung des Sicherheitsbeirats hat Frau Lang die Ziele kundgetan, die man vorher ausgearbeitet habe. Dies sei auch sehr gut angekommen.

Mit dem Vorstand von Campus-Asyl habe es ein Treffen zum Kennenlernen gegeben, was sehr schön gewesen sei.

Der Vorstand hat einen Nachruf auf den überraschend verstorbenen Reinhard Kellner, Vorsitzender der Sozialen Initiativen, verfasst und online gestellt. Die Sozialen Initiativen haben sich dafür bedankt und über die Würdigung sehr gefreut.

Kürzlich fand ein Gespräch mit Frau Saraçoğlu und der Oberbürgermeisterin statt, vermittelt durch den Integrationsbeirat. Frau Arndt-Grunde hat den Beirat bei dem Termin vertreten und erhält das Wort.

Frau Arndt-Grunde berichtet von dem Termin. Anwesend waren Frau Saraçoğlu, Schwägerin des getöteten Fatih, der Bruder von Fatih, eine Vertreterin des Ausländerbeirats Hanau, ein Berater der Opferberatungsstelle für Opfer von rechter und rassistischer Gewalt B.U.D., die Oberbürgermeisterin sowie Frau Dr. Kellner-Mayrhofer, die Bildungsreferentin der Stadt. Außerdem Herr Vernim und sie selbst. Das Gespräch habe überwiegend zwischen der Familie und der Oberbürgermeisterin stattgefunden. Es sei um Möglichkeiten gegangen, Gedenkort zu schaffen und auch, wie man dieses Thema in die Stadtgesellschaft einbringen könne. In die Schulen zum Beispiel, da hatte man schon konkrete Vorschläge, da gebe es Theaterprojekte und ähnliches. Die Oberbürgermeisterin sei sehr offen gewesen bei diesem Thema, man habe Kontaktdaten ausgetauscht. Eine mögliche Straßenbenennung wurde ebenfalls angesprochen, wobei man dazu aktuell noch nichts Konkretes sagen könne.

Frau Lang bedankt sich bei Frau Arndt-Grunde für die kurzfristige Übernahme des Termins.

Frau Lang gratuliert dem Team des Amtes für Integration und Migration zum 10-jährigen Jubiläum des Dolmetscherpools und der Patenschaften für Geflüchtete. Es sei eine sehr schöne Feier gewesen.

Frau Spitaler-Kossok bedankt sich.

Frau Lang berichtet von einem kürzlichen Austausch mit Vertretern von „Wir stehen auf e.V.“. Dies sei ein Zusammenschluss von fünf großen lokalen Sportvereinen, die symbolisieren wollen, dass man keinen Rassismus dulden werde. Man sei so verbleiben, dass die Initiative zum nächsten Planungstreffen für die Interkulturellen Wochen eingeladen werde. Man versuche, im Rahmen der IKW eine Veranstaltung bei den Eisbären in der Donau-Arena, verbunden mit einem Spiel, auf die Beine zu stellen.

Kürzlich war Frau Lang bei einer Veranstaltung im Amt für Integration und Migration und hat dort mit der Leiterin des Jobcenters, Frau Ehrl, gesprochen. Sie wolle Frau Ehrl nach Möglichkeit in eine Beiratssitzung einladen, um aktuelle Zahlen und Fakten zur Arbeitsmarktintegration zu präsentieren.

Frau Lang heißt die beiden Damen von InterCultureLab willkommen und bedankt sich für ihre Zeit. Sie übergibt das Wort an Frau Brunniger.

Top 2: Vorstellung des Projekts INTERCULTURELAB

Berichterstattung: Projektteam Kulturenraum M26

Frau Brunninger bedankt sich für die Einladung. InterCultureLab sei ein Projekt, welches im Kulturenraum M26 am 1. April gestartet sei. Man möchte in der Projektlaufzeit in den nächsten zwei Jahren ein kulturelles Netzwerk schaffen, das vor allem migrantischen Künstler*innen den Zugang zur Regensburger Kunst- und Kulturszene erleichtert und ihnen damit auch ermögliche, hier in Regensburg künstlerisch nicht nur aktiv zu sein, sondern auch im besten Falle ihre künstlerischen Werdegänge aus ihrer Heimat fortzusetzen und damit die Stadt zu bereichern.

Es habe im M26 in der Vergangenheit schon Aktivitäten zur Einbindung migrantischer Kultur gegeben, z.B. Kulturpatenschaften mit CampusAsyl oder die Sprachcafés. Man habe aber festgestellt, dass es hier eine gezieltere Herangehensweise brauche. In direkter Nachbarschaft zum Amt für Integration und Migration biete sich das besonders an. Auch die Kulturbearbeitung im Kulturamt habe berichtet, dass migrantische Künstler*innen die Angebote bisher selten in Anspruch nehmen. Dort möchte man mit diesem Projekt ansetzen.

Ein wichtiger Baustein des Netzwerkes sei der Interkulturelle Künstler*innen-Stammtisch miz. Dieser sei aus einer Beteiligung an den Interkulturellen Wochen 2023 heraus entstanden, durch ihren Kollegen Herrn Scha Sabbtai Tuysserkanik. Er habe auch von sich aus den Bedarf festgestellt, dass es eine Austauschplattform brauche, wo die Leute zusammenkommen und Kultur und Kunst als verbindendes Element im Vordergrund stehe. Aus diesem Grund möchte man im diesen Projekt das miz stärken und vom miz heraus ein Netzwerk aufbauen, das sich mit bereits Aktiven in der Stadtgesellschaft, aber auch der Kulturszene zusammenschließe und damit Leuten den Zugang erleichtere.

Das Projekt gliedere sich in vier Phasen. Aktuell befinde man sich in Phase eins, also dem Projektstart. Man schaffe nun erst einmal intern die Strukturen, mache Öffentlichkeitsarbeit, man sei seit dieser Woche auch auf Social Media aktiv. Auf der M26-Website gebe es nun einen eigenen Reiter für das Projekt. Aber auch im Hintergrund laufe sehr viel Recherche zu dem Netzwerk: Wen gebe es bereits in Regensburg, wer arbeite bereits an dem Thema Integration, wer arbeite bereits am Thema kulturelle Teilhabe, für wen könne man interessant sein? Dies werde sie jetzt noch im nächsten Monat begleiten und in der zweiten Jahreshälfte starte man in Phase zwei.

Das sei dann der strukturierte Netzwerkaufbau und auch erste Professionalisierungen, um dann 2026 zum Herzstück zu kommen, dem Patenschaftsprogramm, wo man in Anlehnung an das Residence Programm, das ja auch in der Stadt Regensburg sehr erfolgreich sei, lokale Künstler*innen und migrantische Künstler*innen zusammenbringen wolle; und zwar aus vielfältigen Kultursparten, sowohl der bildenden als auch der darstellenden Kunst, der Musik, Architektur, Design und was sich noch ergebe. Man habe jetzt schon festgestellt, dass der Bedarf grundsätzlich da zu sein scheint.

Beendet werde das Projekt dann Anfang 2027 mit Phase vier. Da wolle man dann die bestehenden Strukturen in das Netzwerk und die Partner übergeben.

Das Projekt werde gefördert vom Bundesprogramm „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, aber auch in Zusammenarbeit mit dem Amt für Integration und Migration und dem Kulturamt, die bereits bei der Antragstellung großartig unterstützt hätten. Frau Brunninger bedankt sich dafür. Und dann vor allem ganz wichtig sei die erste Ausstellung im Rahmen der Interkulturellen Wochen im September im M26. Aus dem miz und aus dem Projekt heraus werde der Raum im M26 gestaltet und belebt, mit einem Rahmenprogramm.

Frau Baranovski erklärt, dass sie für die Projektassistenz und vor allem aber für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig sei; also alles, was Social Media betreffe. Sie sei dadurch das Bindeglied zwischen dem M26 und dem InterCultureLab, da sie bei beiden für Social Media zuständig sei.

Frau Brunninger ergänzt, dass Frau Baranovski vermutlich im nächsten Jahr noch ein bis zwei Aufgaben im Bereich des Projekts übernehmen werde. Herr Tuysserkanik der heute leider nicht da sein könne, habe den miz nicht nur gegründet und sei Gastgeber bis heute, sondern sei auch im Projekt Dolmetscher. Er sei aber auch Community Manager und halte sie sozusagen auf Kurs.

Frau Brunninger bedankt sich sehr für die Aufmerksamkeit und dafür, dass sie hier sprechen und das Projekt habe vorstellen dürfen. Falls man noch Fragen habe, könne man gerne fragen, ansonsten nehme sie auch gerne Anregungen an und man könne sich auch im Nachgang noch melden, wenn man Ideen habe.

Frau Lang findet das Projekt sehr wichtig und freut sich, dass es nun richtig durchstarte. Sie hakt nach, welche Erfahrungen man bis jetzt gemacht habe, ob dies angenommen werde, ob die Leute kommen, ob diese dankbar seien oder ob diese sagen, dass es schön sei, aber ihnen nicht helfe.

Frau Brunninger erklärt, dass sie bisher zwei Gespräche mit Künstler*innen hatte. Dort stand zunächst die Situation der Leute im Mittelpunkt. Eine Künstlerin habe ihr erzählt, dass sie bereits ausstelle, in der Zwischennutzung auf der Prinz-Leopold-Kaserne und demnächst im Donaustrudel. Sie habe aber wegen der Kosten für die Ausstellung auf Essen verzichtet und deshalb stark abgenommen. Frau Brunninger habe ihr die Möglichkeiten der Kulturförderung erläutert. Man habe verabredet, dass man sich demnächst wieder treffe und zusammensetze. Es laufe vor allen Dingen viel im Gespräch. Schriftlich funktioniere schon, aber das meiste müsse wirklich im Gespräch passieren.

Ein weiteres Gespräch wurde durch das Kulturamt und TAFF vermittelt. Es ging darum, dass eine Bildhauerin nach einem Ort suchte, an dem sie arbeiten und sich ausdrücken kann. Die Lösung war die offene Töpferwerkstatt der Binary Kitchen, die sie nun mittwochs nutzt. Frau Brunninger betont, wie wichtig verfügbare Arbeitsflächen sind und dass man weiterhin Räume finden muss. Das Projekt ist noch im Aufbau, erste Rückmeldungen sind jedoch positiv – besonders bezüglich des neuen Ausstellungsraums und der gebotenen Möglichkeiten. Die Organisation übernimmt das Projektteam, während die Künstler frei bestimmen können, was gezeigt wird. Insgesamt befindet sich alles noch in der Anfangsphase und es bleibt abzuwarten, wie gut das Angebot angenommen wird.

Frau Lang betont, dass bereits zwei Fälle als Erfolg gelten können, da Künstlerförderung nicht überall selbstverständlich ist. Für viele sei das überraschend, manche reagierten skeptisch. Lang glaubt, solche Erfolge könnten sich herumsprechen und langfristig mehr Interessenten anziehen – schließlich bedarf es künstlerischer Begabung. Ihr selbst liegt dieser Bereich nicht, doch werde die Bedeutung solcher Förderung deutlich, wenn Menschen zwischen Selbstverwirklichung und Grundbedürfnissen abwägen müssen. Anschließend übergibt sie das Wort an Frau Funk.

Frau Funk findet es wirklich schön, dass es diese Initiative gibt – gerade in der Anfangsphase. Ihrer Meinung nach ist das Leben der eigenen Kultur und die Kunst sehr wichtige Wege zur Integration. Dies entspricht auch ihren eigenen Erfahrungen, sowohl aus ihrem früheren als auch aus ihrem aktuellen Leben. Sie weiß zudem, wie teuer alles ist, selbst wenn man ein wenig Unterstützung erhält. Frau Funk freut sich über das Angebot und wünscht weiterhin viel Erfolg.

Frau Lang bedankt sich und übergibt das Wort an Frau Torreblanca Cruz.

Frau Torreblanca Cruz bedankt sich für die Präsentation dieses Projekts. Sie finde es sehr wichtig und gut, da Kultur und Kunst Menschen verbinde und dies sei das, was gerade auch dem Integrationsbeirat sehr wichtig sei. Man solle sich unterstützt fühlen, der Integrationsbeirat werde sie so gut wie möglich bekannt machen, damit man so bald wie möglich mit dem Projekt richtig erfolgreich werde.

Frau Lang bedankt sich bei den Gästen, verabschiedet diese und kommt nun zum Tagesordnungspunkt drei. Sie übergibt das Wort an Frau Arndt-Grunde.

Top 3: Anpassung der städtischen Vergaberichtlinien mit besonderem Fokus auf Diskriminierungsschutz

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismusbearbeitung, Frau Arndt-Grundeis

Frau Arndt-Grundeis erklärt, dass der Beschluss darauf zurückgehe, dass die Werbepraktiken einer Firma in Obertraubling wegen rassistischer Motive mehrfach angesprochen wurden. Verschiedene Kontaktversuche mit dem Firmeninhaber blieben erfolglos. Daraufhin stellte sich die AG die Frage, ob solche Unternehmen öffentliche Aufträge erhalten dürfen und wie das mit den Vergaberichtlinien vereinbar ist. Das Vergabeamt wurde hinzugezogen, um Möglichkeiten zu prüfen und Erfahrungen aus anderen Städten zu berücksichtigen. Diese Vorbereitung war Grundlage für den aktuellen Beschlussvorschlag, der sich am Beispiel München orientiert. Frau Arndt-Grundeis fragt abschließend, ob noch Fragen offen sind.

Herr Brunnbauer sympathisiert mit dem Anliegen, werde aber nicht zustimmen. Eine solche Regelung könne weitreichende Implikationen haben, die schwer abzusehen seien. Es sei schwierig, rassistische Werbung exakt zu definieren. Er zweifle die Praktikabilität an. Öffentliche Vergaben seien in Deutschland bereits echte bürokratische Monster. Solch ein weiteres Regularium sei schwer zu implementieren. Wie solle die Stadt gewährleisten oder überprüfen, ob Auftragnehmer in ihrer Personalentwicklung diskriminierungsfrei sei? Wie solle ein kleines Unternehmen eine Ombudsperson benennen als zentrale Ansprechperson? Es würde einen ohnehin komplexen Prozess noch komplexer machen.

Er plädiert deshalb für eine andere Formulierung. Der Punkt diskriminierungsfreies Erscheinungsbild in der Werbung mache auf jeden Fall Sinn, dies könne man auch gut nachvollziehen. Aber wie solle ein Unternehmen sicherstellen, dass die Arbeitskräfte sich diskriminierungsfrei verhalten? Unternehmen wären dann zum Beispiel dafür verantwortlich, wenn Mitarbeitende in sozialen Medien Unsinn sagen. Dafür könne man sie nicht verantwortlich machen.

Im Grunde gehe es um Regeln, die man eigentlich gar nicht durchsetzen könne, weil sie gegen andere Rechtsbestände, wie das Recht der Meinungsfreiheit, verstoßen. Diskriminierungsfreie Personalentwicklungs- und Weiterbildungsmaßnahmen klinge gut, wäre aber bei positiven Diskriminierungen, zum Beispiel um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, kontraproduktiv. Aktive Gleichstellungspolitik sei ja eigentlich gewünscht.

So wie das hier formuliert sei, beziehe sich das auch auf Äußerungen von Privatpersonen in ihrem Privatleben, und das könne man nicht beschneiden. Man dürfe eben viel Unsinn und dazu gehöre auch Rassistisches, sagen.

Die Intention finde er völlig richtig und gut auch darüber nachzudenken, aber so wie es hier formuliert sei, finde er es nicht wirklich zielführend.

Frau Arndt-Grundeis bedankt sich für die Ausführungen. Private Äußerungen von Mitarbeitenden müsse man getrennt betrachten. Es gehe hier um Situationen, bei denen im Auftrag von Unternehmen gehandelt werde, die im Auftrag der Stadt handeln.

Diese Firma in Obertraubling sei nicht der alleinige Grund, sondern eben auch, dass kleinere, mittelständische Unternehmen zum Zuge kommen können und insbesondere auch wenn sie Inhaber haben, die Migrationsgeschichte haben. Tatsächlich sei es ja so, dass niemand von der AG, die an diesem Text gesessen haben, jemals eine Vergabe mitgemacht habe. Es könne daher tatsächlich sein, dass dies vielleicht sehr aufgebläht sei. Sie wisse nicht, wie leicht oder wie schwer es sein werde, dies im Einzelnen zu überprüfen. Aber sie glaube, dies sei auch nicht ihre Aufgabe. Man würde diesen Beschluss ja an die Oberbürgermeisterin und den Stadtrat weitergeben und diese würden das dann mit dem Vergabeamt prüfen.

Frau Lang gibt Herrn Brunnbauer recht, dass die Bürokratie ausufernd sei. Ihrerseits sei es als Empfehlung zu verstehen. Natürlich müsse das dann rechtlich geprüft werden, inwieweit eine Regelung mit den einschlägigen Gesetzen vereinbar sei. Vielleicht greife der Beschluss etwas weit. Man müsse aber vielleicht ein bisschen mehr fordern, bevor man im Endeffekt ein bisschen weniger bekomme. Wenn Herr Brunnbauer einen Änderungsantrag stellen

wolle, könne man darüber natürlich diskutieren. Frau Lang übergibt das Wort an Herrn Nihat Firat.

Herr Firat sei es wichtig, dass man eine Art Zeichen gegenüber der Stadt setze. Das werde dann auch bei Organisationen wie der Handwerkskammer oder der IHK wahrgenommen. Vielleicht könne es wirklich fruchten, wenn man zuerst einmal damit anfange. Man könne natürlich später noch Ergänzungen vornehmen, nachschärfen und vielleicht auch weitere Verbesserungsvorschläge machen.

Frau Lang übergibt das Wort an Frau Spitaler-Kossok.

Frau Spitaler-Kossok spricht den Termin der AG mit dem Vergabeamt im Vorfeld an. Die Amtsleitung sei selbst da gewesen. Sie fragt, ob diese konkrete Formulierung des Beschlussvorschlages schon mit dem Vergabeamt abgesprochen sei oder was Frau Bauer konkret zu so einer Formulierung gesagt habe. Dies sei nicht ganz unwichtig, da das Vergabeamt dies dann ja auch umzusetzen müsse.

Frau Arndt-Grunde erklärt, dass bei dem Termin ein langer Fragenkatalog abgearbeitet und beleuchtet wurde. Man habe konkret gefragt, ob andere Städte ähnliche Regelungen umgesetzt haben. Dadurch sei man auf die Stadt München gekommen, wozu dann Herr Cetinkaya noch recherchiert habe.

Frau Lang fragt, ob das Ganze noch weiterer Aussprache bedürfe. Dies ist nicht der Fall.

I. Beschlussvorschlag:

Der Integrationsbeirat der Stadt Regensburg fordert die Oberbürgermeisterin und den Stadtrat auf, die städtischen Vergaberichtlinien mit besonderem Fokus auf den Diskriminierungsschutz anzupassen. Die „Vereinbarung zur Aufstellung von offenen Bieterkreisen über die Vergabe von Werkstattleistungen und Lieferung von Ersatzteilen“ der Landeshauptstadt München kann dabei als Orientierung dienen.

Die Richtlinien sollen verbindliche Diskriminierungsschutz-Klauseln enthalten, die sich auf folgende Rechtsgrundlagen stützen:

- Artikel 3 des Grundgesetzes (GG)
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
- Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)
- Artikel 18 Absatz 2 der EU-Vergaberichtlinie 2014/24/EU

Die vorgeschlagenen Diskriminierungsschutz-Klauseln, die sich an der Vereinbarung der Landeshauptstadt München zu offenen Bieterkreisen orientieren, lauten wie folgt:

(1) Das zur Auftragsausführung eingesetzte Personal hat sich jeglicher diskriminierenden, insbesondere sexistischen und rassistischen Äußerungen durch Wort, Ton, Schrift oder Bild zu enthalten. Zudem ist bei der Auftragsausführung auf ein diskriminierungsfreies Erscheinungsbild zu achten. Gleiches gilt in Bezug auf die zur Auftragsausführung eingesetzten materiellen und immateriellen Gegenstände.

(2) Das beauftragte Unternehmen (Auftragnehmerin) stellt sicher, dass die Auswahl und Eingruppierung des für die Auftragsausführung einzusetzenden Personals sowie erforderliche Weiterbildungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen nach einheitlichen diskriminierungsfreien Merkmalen erfolgen. Zudem gewährleistet es, dass das an der Auftragsausführung mitwirkende Personal gewährte freiwillige Sozialleistungen unter einheitlichen und nichtdiskriminierenden Voraussetzungen erhält.

(3) Die Auftragnehmerin hat dafür Sorge zu tragen, dass vorstehende Pflichten auch von Sub-Unternehmen beachtet werden. Zudem ist die Auftragnehmerin verpflichtet, eine Ombudsperson als zentrale Anlaufstelle für Beschwerden wegen einer Verletzung der vorgenannten Pflichten einzurichten.

II. Begründung

Die Stadt München hat mit ihrer Vereinbarung zu offenen Bieterkreisen ein wirksames Instrument geschaffen, um faire und diskriminierungsfreie Vergabeprozesse zu gewährleisten. Ein ähnliches Modell sollte auch in Regensburg eingeführt werden, um:

1. Chancengleichheit zu fördern:

Durch offene Bieterkreise wird kleinen und mittelständischen Unternehmen, insbesondere solchen mit diverser Belegschaft oder Inhaber*innen mit Migrationsgeschichte, der Zugang zu öffentlichen Aufträgen erleichtert.

2. Diskriminierung vorzubeugen:

Die explizite Verankerung der oben genannten Diskriminierungsschutz-Klauseln stellt sicher, dass bei der Auftragsvergabe und -ausführung keine Benachteiligung aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht oder anderer Merkmale stattfindet.

3. Diskriminierungsfreies Auftreten und Erscheinungsbild sicherstellen:

Das zur Auftragsausführung eingesetzte Personal wird verpflichtet, sich jeglicher diskriminierenden, insbesondere sexistischen oder rassistischen Äußerungen – ob in Wort, Ton, Schrift oder Bild – zu enthalten. Darüber hinaus ist auf ein diskriminierungsfreies äußeres Erscheinungsbild zu achten. Auch eingesetzte Materialien, Fahrzeuge oder Arbeitskleidung dürfen keine diskriminierenden Inhalte oder Symbole aufweisen. Diese klare Vorgabe dient nicht nur dem Schutz betroffener Personen, sondern stärkt auch das öffentliche Vertrauen in die Stadt

als diskriminierungsfreie Auftraggeberin. Durch eine verbindliche Aufnahme dieser Klausel wird ein sichtbares und wirksames Signal gegen Alltagsdiskriminierung gesetzt – sowohl im Kunden-kontakt als auch im öffentlichen Raum.

4. Transparenz und Fairness zu stärken:

Ein standardisiertes Verfahren mit klaren Regeln erhöht die Nachvollziehbarkeit und verhindert intransparente Vergabepraktiken.

5. Wirtschaftliche Teilhabe zu verbessern:

Die Stadt Regensburg kann damit ein Zeichen für gelebte Integration setzen und migrantisch geprägte Betriebe aktiv einbinden.

Umsetzungsvorschlag:

- Prüfung der Münchner Vereinbarung und Anpassung an Regensburger Bedarfe unter besonderer Berücksichtigung der Diskriminierungsschutz-Klauseln.
- Einbindung von Interessenvertretungen (z. B. Migrantenorganisationen, IHK, Handwerkskammer) in die Ausgestaltung.
- Verpflichtende Schulungen für Vergabeverantwortliche zur Sensibilisierung für Diskriminierungsschutz.
- Regelmäßige Evaluierung der Wirkung auf Teilhabe und Diversität.

Der Integrationsbeirat bietet seine Mitwirkung bei der Erarbeitung der Kriterien an und bittet um zeitnahe Beratung des Themas im zuständigen Ausschuss.

III. Beschluss nach Abstimmung

Beschlossen mit 9 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen

Top 4: Bericht zur Klausurtagung vom 15. Februar 2025

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration

Frau Lang erklärt, dass zur Klausur bereits ein Protokoll verschickt wurde. Sie übergibt das Wort an Herrn Vernim.

Herr Vernim begrüßt alle auch von seiner Seite. Da das Protokoll allen vorliege, gehe er nicht mehr auf alle Einzelheiten ein.

Die Möglichkeit von Mailinglisten oder Verteilern für die einzelnen Arbeitsgruppen und Ausschüsse sei erneut Thema gewesen. Also zum Beispiel eine Adresse ag-politik@integrationsbeirat-regensburg.de oder ähnlich, bei der dann automatisch alle Mitglieder hinterlegt seien. Dann könnten die einzelnen Mitglieder immer sicher sein, auch wirklich alle zu erreichen. und man könne diese Adresse auch an Externe weitergeben. Es sei noch zu prüfen, ob so etwas möglich ist.

Eine eigene WhatsApp Community für den Beirat hat Herr Cetinkaya inzwischen eingerichtet. Falls jemand noch nicht dort hinzugefügt sei, bitte an Herrn Cetinkaya wenden.

Allgemein gehe der Auftrag an alle Mitglieder, aber insbesondere an den Vorstand, schneller auf Fragen und Rückfragen zu reagieren. Dies habe sich aus Sicht der Geschäftsführung schon deutlich gebessert.

Eine weitere Aufgabe, besonders für den Vorstand, sei ein intensiverer Austausch mit den beratenden Mitgliedern. Zum Beispiel auch hinsichtlich einer stärkeren Beteiligung in den AGs. Besonders für den nächsten Beirat, der sich 2026 aufstellen werde, sei das ein wichtiger Punkt.

Es sollen auch Austauschtreffen mit den beratenden Mitgliedsorganisationen stattfinden. Ein Treffen mit CampusAsyl habe bereits stattgefunden. Hier könnte es vielleicht Nachfolgetreffen geben. Mit anderen Organisationen sei dies noch auf der Agenda, also mit „BI Asyl“, „Ausbildung statt Abschiebung!“ und Alevitischer Gemeinde.

Gerade für neue Beiratsmitglieder soll eine Art Willkommensbrochure entwickelt werden, mit allen wichtigen Informationen zum zur Beiratsarbeit und auch zu häufigen Fragen, die auftauchen. Dies habe man auf jeden Fall auf der Agenda, allerdings erst ab Herbst mit Blick auf die Neuwahlen und Neuaufstellung 2026.

Die Erarbeitung einer Geschäftsordnung sei weiterhin Thema, konnte aber wegen fehlender zeitlicher Ressourcen noch nicht fortgeführt werden.

Für die Zusammenarbeit mit den Stadtratsfraktionen wurde eine Art jährlicher runder Tisch oder ähnliches diskutiert. Dies sei auch geplant für die Zeit nach den nächsten Kommunalwahlen.

Dann sei noch ein großer Punkt gewesen, dass der Beirat eine stärkere Verzahnung mit anderen Gremien anstrebe. Bezüglich der Vertretung im Sportbeirat warte man noch auf Rückmeldung. Man wolle die Sozialen Initiativen in eine Sitzung einladen, perspektivisch mit der Überlegung, dass man vielleicht als Beirat auch Teil des Verbandes werden könne. Die Einladung für die Sozialen Initiativen sei schon vorgemerkt. Zum Jugendbeirat habe man eine Anfrage ans Amt für kommunale Jugendarbeit gestellt, inwiefern eine gegenseitige beratende Mitgliedschaft möglich wäre. Das gleiche gelte für den Kulturbeirat und den Seniorenbeirat mit den jeweiligen geschäftsführenden Stellen. Man habe auch mit dem Inklusionszirkel Flucht.Migration.Behinderung Kontakt aufgenommen. Hier gab es bereits eine positive Rückmeldung und man warte aktuell noch auf weitere Informationen zu ein paar Rückfragen. Der Inklusionszirkel habe ohnehin schon separat angefragt, wegen einer möglichen Kooperation für eine Veranstaltung, die im September stattfinden solle. Unter Umständen könne diese mit in die Interkulturellen Wochen integriert werden.

Eine weitere Frage sei gewesen, ob der Integrationsbeirat auch in Ausschüssen des Stadtrats eine Rolle bekommen könnte. Hier bestand besonders Interesse am Bildungsausschuss, dem Jugendhilfeausschuss und dem Kulturausschuss habe. Das sei aktuell noch in Klärung.

Frau Lang bedankt sich und fragt, ob es Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall.

Top 5: Bericht zur AGABY Vollversammlung vom 10. Mai 2025

Berichterstattung: AGABY-Delegierte (Fr. Torreblanca Cruz, Fr. Shahedi)

Frau Lang bittet Frau Shahedi und Frau Torreblanca Cruz, kurz zu berichten.

Frau Shahedi erklärt, dass sie leider wegen eines anderen Termin gleich gehen müsse. Deshalb werde Frau Torreblanca Cruz ausführlicher berichten. Es habe zwei Resolutionen gegeben. Bei einer davon, „In Zukunft investieren“, habe man ein Anliegen aus Regensburg platzieren können. Dabei sei es um rassismuskritische Bildung und Unterstützung für die Schulen und Lehrkräfte im Kampf gegen Rassismus gegangen.

17:03 Uhr Frau Shahedi verlässt den Sitzungssaal.

Frau Torreblanca Cruz dankt allen Delegierten und Beiräten für die Zusammenarbeit und das Engagement für eine solidarische und vielfältige Gesellschaft in Bayern.

Sie sei mit Frau Shahedi in Ansbach gewesen, mit 34 stimmberechtigten Mitgliedern und ca. 25 Gästen auf der Vollversammlung der AGABY.

Zunächst gab es Grußworte von Herrn Dr. Markus Bucka, zweiter stellvertretender Bürgermeister der Stadt Ansbach, von Villy Wiegel, Vorsitzende des Integrationsbeirats der Stadt Ansbach und natürlich von der AGABY-Vorsitzenden Frau Mitra Sharifi.

Thematisch ging es vor allem um die finanzielle Lage und aktuelle Herausforderungen. Die finanzielle Situation bei AGABY sei aktuell angespannt, weswegen sie dieses Jahr keine Fachtagung habe ausrichten können. Projekte zur Antidiskriminierungsberatung seien ab 2026 gefährdet. Falls es Ideen gebe, wie man AGABY unterstützen könnte, oder auch Sponsoren gewinnen könnte, würden sie sich sehr freuen.

Von allen Integrationsbeiräten sei die Bedeutung der Arbeit gegen alle Formen von Diskriminierung betont worden. Die Einwanderung und die Leistungen von Migrant*innen und deren Engagement sei wichtig, um in der Zivilgesellschaft allen Arten von antidemokratischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Es habe auch viele erfolgreiche Projekte gegeben, zum Beispiel die bayernweiten Aktivitäten zum Internationalen Tag gegen Rassismus, der Aufbau der guten Beziehungen zum Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung und verschiedene Projekte, die gerade am Laufen seien: „Miteinander - Integrationsprozesse in Bayern partizipativ gestalten“, „weact - Projekt einmischen“ und der Start eines neuen Projektes „*Couragiert gegen Antisemitismus*“. Eine mobile Antidiskriminierungsberatung wurde aufgebaut. Außerdem sei AGABY nun im Medien- und Rundfunkrat vertreten, um die Perspektiven von Migrant*innen einzubringen. Der Integrationsbeirat Landkreis Donau-Ries sei einstimmig als neues Mitglied der AGABY aufgenommen worden.

Dann seien die Wahlen gewesen. Der Vorstand, die Rechnungsprüfer und die Delegierten zum Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) seien neu gewählt worden. Die E-Mail und die offizielle Zusammenfassung von AGABY komme auch noch, hier könne man die Namen der neu Gewählten nochmal anschauen.

Frau Lang bedankt sich und fragt nach, ob es noch Fragen diesbezüglich gibt. Dies ist nicht der Fall.

Top 6: Stand der Planungen zu den Interkulturellen Wochen 2025

Berichterstattung: AG Veranstaltungsorganisation

Frau Lang übergibt das Wort an Frau Arndt-Grunde.

Frau Arndt-Grunde erklärt, dass die Vorbereitungstreffen laufen und die Interkulturellen Wochen in Regensburg vom 20. September bis 12. Oktober stattfinden. Der Pressetermin sei am 11. September um 16 Uhr im Alten Rathaus. Das nächste Treffen finde online am 5. Juni statt. Dann gebe es noch ein Treffen Ende Juni in Präsenz und noch eines im Juli. Die Auftaktkundgebung sei am 20. September geplant.

Herr Vernim ergänzt, dass aktuell schon neun Veranstaltungen im Planungskalender stehen. Dies werde sich mit Sicherheit noch füllen. Man habe die letzten Jahre am Ende immer so zwischen 25 und 30 Veranstaltungen und er gehe davon aus, dass es dieses Jahr auch wieder in diese Richtung gehen werde.

Frau Lang fragt nach, ob die Tage vom 20. September bis 12. Oktober schon fix seien, da sie gestern angesprochen worden sei, dass eine Aktion in der Donau-Arena eventuell erst etwas später möglich wäre.

Herr Vernim erklärt, dass der Start relativ fix sei, da der 20. September schon für die Auftaktkundgebung eingeplant sei und der 21. September dann auch der bundesweite Start der Interkulturellen Wochen sei. Man habe absichtlich dieses Jahr den Start wegen der späten Sommerferien etwas später gelegt. Er glaube letztes Jahr sei die letzte Veranstaltung am 4. oder 5. Oktober gewesen. Frau Lang ergänzt, dass die Donauarena vielleicht gar nicht so früh offen habe. Herr Vernim erklärt, dass es nicht recht viel später als der 12. Oktober sein solle, da es dann zu sehr von den Terminen her ausfranse.

Frau Lang fragt, ob es noch Ergänzungen oder Fragen diesbezüglich gebe. Das ist nicht der Fall.

Top 7: Stand zur Planung des 10jährigen Jubiläums des Integrationsbeirats

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration

Frau Lang übergibt das Wort an Herrn Vernim, der hierzu kurz berichten solle.

Herr Vernim erklärt, dass man vor einigen Tagen das letzte Planungstreffen gehabt habe. Inzwischen sei die Musik festgelegt. Raum und Catering habe man ja schon früher festgelegt. Der Termin stehe auch schon lange, 10. Oktober ab 16 Uhr.

Dann habe man geplant, dass man für diese 10 Jahre Integrationsbeirat auch eine Ausstellung als Retrospektive mache. Dies sei noch in früher Vorbereitung, aber eine große Aufgabe der nächsten Monate.

Des Weiteren kümmere man sich aktuell gerade noch um die Ausgestaltung der Gästeliste. Dies sei durchaus ein komplexer Prozess. Natürlich komme die Oberbürgermeisterin. Der Termin sei schon mit ihr abgestimmt worden. Die AGABY-Vorsitzende Frau Mitra Sharifi Neystanak komme auch. Der Integrationsbeauftragte der Staatsregierung Karl Straub habe ebenfalls zugesagt. Dann werde man natürlich die Bürgermeister und städtischen Referenten einladen sowie die örtlichen Landtags- und Bundestagsabgeordneten. Dazu kommen aktuelle und ehemalige Mitarbeitende des Amtes für Integration und Migration sowie alle aktuellen und ehemaligen Beiratsmitglieder. Dann eine lange Liste der Netzwerk- und Kooperationspartner, die sich über die Jahre entwickelt habe, und die Stadtratsfraktionen und Einzelstadträte. Dies seien aktuell die Kategorien und Gruppen, die eingeladen werden.

Frau Lang erklärt, dass weitere Ergänzungen gerne noch an Herrn Vernim geschickt werden können. Sie bedankt sich und fragt, ob es noch Wortmeldungen gebe. Dies ist nicht der Fall.

Top 8: Berichte der AGs

Frau Lang könne für die AG Sprache und Bildung nur sagen, dass man sich wieder mit Frau Bräu getroffen und einiges ausgetauscht habe. Der große Baustein des Gesprächs sei eigentlich gewesen, die Zweitsprache irgendwie in die Schule mit einzubinden. Also dass man eben nicht nur Englisch und Französisch in den Schulen lerne, sondern mit einer Ganztagsbetreuung vielleicht auch weitere muttersprachliche Angebote habe. Auch von Seiten von Frau Bräu sei hier großes Interesse gezeigt worden.

Frau Lang übergibt das Wort an Frau Arndt-Grunde.

Frau Arndt-Grunde wolle noch sagen, dass man als AG auch an einem anderen Thema dran sei, und dies betreffe rassistische, antisemitische und rechte Diskriminierung und Drohung an Schulen. Hier erreichen sie viele Berichte, sowohl von Lehrkräften, als auch von Schüler*innen. Man habe sich an die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus gewandt und angefragt, ob diese Zahlen dazu erheben. Diese habe geantwortet, dass man keine Erhebungen habe, aber Anfragen in diese Richtung bei ihnen auch ansteigen und es sei empfohlen worden, dass man sich an die Regionalbeauftragte für Demokratie und Toleranz wende. Dies werde man am Montag bei der AG Sitzung besprechen.

Frau Lang erklärt, dass es wirklich zunehme. Vielleicht an Gymnasien nicht so arg, aber auch. Und zwar nicht nur Schüler untereinander, sondern es gehe zum Teil auch gegen Lehrkräfte. Es gebe vom Kultusministerium mittlerweile Schulungsmaßnahmen für Lehrkräfte. Es gebe auch organisierte Arbeitsgruppen, die eben genau dies bekämpfen wollen bzw. werde dort ausgearbeitet, wie man an der Schule solche Konzepte erarbeiten könne. Sie meint, dass es in der Stadt nicht so massiv wie zum Teil am Land sei oder an Orten, wo verschiedene Gruppen so richtig aufeinanderprallen. Sie wisse aber, dass es zum Teil schon so weit führe, dass man bei Klassenzusammensetzungen aufpasse, dass es nicht so ausufernd eskalieren könne. Dies sei sehr besorgniserregend. Dem Kultusministerium sei das Problem aber wohl bewusst.

Frau Arndt-Grunde erklärt, dass sie jetzt einmal in ihrer Funktion als Mitarbeiterin im Jugendmigrationsdienst spreche. Man biete verschiedene Seminare an und habe in der Vergangenheit oft versucht, an Schulen zu kommen. Allerdings sei das ein so in sich geschlossenes System, dass man da als außenstehende Person mit Workshops oder Seminaren nicht rankomme. Deshalb habe man versucht, sich über die AGABY ans Kultusministerium zu wenden.

Frau Lang führt aus ihrer Perspektive als Lehrkraft aus, dass es mittlerweile einfach verdammt viel sei. Die Schulen werden überrannt von sämtlichen Projekten, die man von oben erfüllen müsse. Es werde schon etwas gemacht, so sei es nicht, aber es sei eben massiv viel geworden, so dass man zum Teil nicht einmal mehr zum normalen Unterricht komme.

Frau Lang übergibt das Wort an Frau Rist-Kaip.

Frau Rist-Kaip erklärt, dass sie an einer Mittelschule tätig sei und sie inzwischen jeden zweiten Tag etwas damit zu tun habe, inklusive Morddrohungen, auch ihr gegenüber. Man habe nicht die Option, sich da lange Zeit zu lassen. Inzwischen sei es so, dass die Schüler untereinander auch drohen, falls sie sie zusammensetze; die einen wollen nicht neben den anderen sitzen usw. Ihr sei es ein wirklich wichtiges Anliegen, dass man die Schulleitungen schule und von ihnen gezielt mehr Engagement erwarte. Denn solange die Schulleitungen einen Lehrer nicht unterstützen, könne man gar nichts machen.

Frau Lang erwidert, dass es bei ihnen an der Schule vielleicht ein bisschen anders sei. Es gab zum Beispiel schon ein Angebot, nachdem sich ein Achtklässler ein einschlägiges Tattoo machen ließ. Da habe man dann lange diskutieren dürfen, sogar mit einem Aussteiger aus der Szene.

Frau Rist-Kaip erklärt, dass sie diese Gespräche natürlich auch führe. Das, was gerade in den Medien sei, dass die 14 bis 18-Jährigen gezielt angeworben werden mit Flyern von den Identitären. Sie könne es beobachten, wie es von einem Moment auf das Nächste umschlage und man an die Kinder auch als Elternteil nicht mehr wirklich herankomme.

Frau Lang erklärt, dass sie hier nur zustimmen könne. Vielleicht solle man sich diesem Thema irgendwie als Arbeitskreis annehmen, dann könne sie gerne auch mit dazukommen und für Regensburg etwas erarbeiten.

Frau Arndt-Grunde erklärt, dass man dieses Angebot gerne annehme und man sich am Montag online treffe. Frau Lang betont, dass sie dies gerne mache und sie damit leider wirklich schon viel Berührung gehabt habe.

Frau Lang fragt, ob es sonst noch Ergänzungen dazu gebe. Dies ist nicht der Fall.

Top 9: Bericht der geschäftsführenden Stelle

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration

Frau Lang übergibt das Wort an Herrn Vernim.

Herr Vernim kommt nochmal auf das Ausscheiden von drei stimmberechtigten Mitgliedern aus dem Integrationsbeirat zurück. Frau Jackiewicz, Herr Sirreah und Herr Fonseca Santovito seien auf eigenen Wunsch. Dies sei auch mit Beschluss des Stadtrats vom 27. Februar formal festgestellt und damit vollzogen worden. Alle drei seien Vertreter*innen der ausländischen Bevölkerung gewesen, also gewählt worden. Deswegen gebe es auch eine Nachrückerliste aus den jeweiligen Wahllisten. Das Wahlamt sei zuständig für die Kontaktaufnahme mit diesen Nachrückern und hier auch schon aktiv. Er habe heute mit dem Leiter des Wahlamts telefoniert und sich schildern lassen, was aktuell passiere. Es wurden zunächst die ersten Listennachfolger der drei verschiedenen Wahllisten kontaktiert. Diese standen allerdings alle nicht zur Verfügung. Nun sei vor wenigen Tagen die nächste Runde der Listennachfolger formal angeschrieben worden, und hier warte man aktuell noch auf Rückmeldung.

Dann habe es wieder Aktivitäten beim Thema Regensburger Migrationsgeschichte gegeben. Das Amt für kulturelles Erbe habe inzwischen eine AG zusammengestellt. Vom Integrationsbeirat haben sich dankenswerterweise Anna Stupavsky, Dogan Cetinkaya und Julia Lang gemeldet. Aktuell laufe die Terminabstimmung für ein Auftakttreffen. Außerdem beteiligt sind das Stadtarchiv, die städtischen Museen, das Amt für Integration und Migration, das Bildungsreferat, das Amt für Weiterbildung und der Lehrstuhl vergleichende Kulturwissenschaft an der Universität Regensburg.

Dann habe er heute wichtige Termine herumgeschickt, die alle per Email bekommen haben. Er weist noch auf ein paar Termine hin, die in den nächsten Tagen anstehen:

- Dienstag 27. Mai, 19.30 Uhr, Schreiberhaus
Ehrenamtsstammtisch, keine Anmeldung nötig
- Freitag 30. Mai, 15 Uhr, Rathausplatz
Stadt im Gespräch mit der Oberbürgermeisterin „Mobilität im Fokus: Wie kommen wir in Zukunft voran“
- Sonntag 1. Juni, 19 Uhr, Leerer Beutel
Benefizkonzert für „Frauen in Not“ von JOSIE ROCKT, Eintritt frei
- 2. bis 8. Juni, verschiedene Zeiten und Orte
Regensburger Nachhaltigkeitswoche, <https://regensburger-nachhaltigkeitswoche.org/>
- Donnerstag, 5. Juni 2025, online, 16.30 Uhr
2. Planungstreffen IKW 2025
- 20. bis 22. Juni 2025, verschiedene Zeiten und Orte
Bürgerfest, <https://www.buergerfest-regensburg.de/>

Frau Lang fragt, ob es noch Fragen an die geschäftsführende Stelle gebe. Dies ist nicht der Fall. Sie wünscht einen schönen Abend und erinnert daran, dass am 11. Juli die nächste Sitzung sei und weist auf den Vorbereitungstermin am 2. Juli hin. Sie wünscht einen schönen Abend und beendet die Sitzung.

Regensburg,

gez.
Julia Lang
Vorsitzende

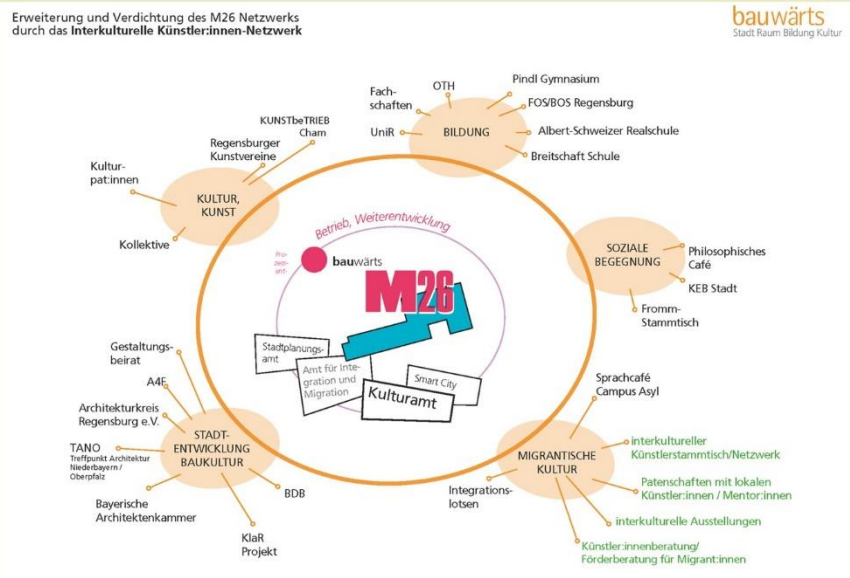
Protokoll: Dirnberger Melanie (Amt für Integration und Migration, geschäftsführende Stelle)

Anlage: Präsentation InterCultureLab

INTER CULTURE LAB

Kulturell aktiv werden. Kontakte knüpfen.
Teilhaben.

Be culturally active. Get connected.
Participate.



Entstehung



Frühjahr 2025



Phase 1

Projektstart &
Öffentlichkeitsarbeit

Zweite Jahreshälfte 2025



Phase 2

Netzwerkaufbau &
Professionalisierung

2026



Phase 3

Patenschaftsprogramm

Anfang 2027



Phase 4

Übergabe &
Verstetigung

Frühjahr 2025



Phase 1

Projektstart &
Öffentlichkeitsarbeit

Kick-off am 1. April

Website, Social
Media & Presse

Community-
Outreach



Zweite Jahreshälfte 2025



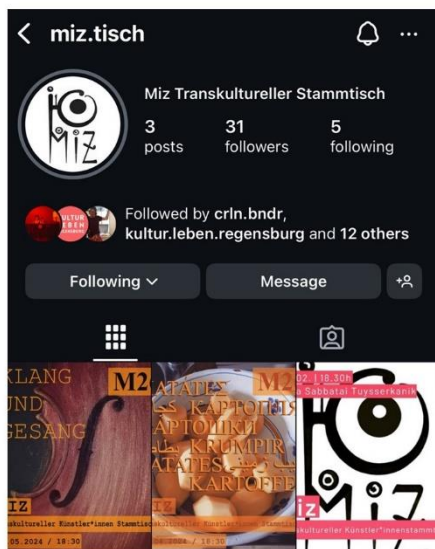
Phase 2

Netzwerkaufbau &
Professionalisierung

Ab Juli: Strukturierter
Netzwerkaufbau

Professionalisierung

Erste Ausstellung



INTER CULTURE LAB

Kulturell aktiv werden. Kontakte knüpfen.
Teilhaben.

Be culturally active. Get connected.
Participate.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



WEBSITE

www.m26kultur.org/interculturelab



INSTAGRAM

www.instagram.com/interculturelab

